

**26. JAHRGANG
NUMMER 2
April/Mai 2016**

Verantwortlich i. S. des
Presserechts: Ball-Zeitung
Helmut Welk, Barmstedt
Telefon: 04123 / 61 72
Redaktionsschluss: 13.04.2016

Zeitung

www.ball-barmstedt.jimdo.de

**Meierei/Käsefabrik:
Lärmbelästigung
soll unter-
sucht werden**

Im Oktober 2015 wandte sich die Anliegerinitiative „Mut zur Vernunft“ mit Forderungen nach einem Lärmgutachten bezüglich tieffrequenter Geräusche, Lärmemissionen von LKWs auf dem Betriebsgelände der Meierei, einzuhalten der Lärmgrenzwerte in den umliegenden Wohngebieten und Feinstaubbelastung, verursacht durch das gestiegene LKW-Aufkommen, an alle Rathausfraktionen.

Nach Beratungen im Umweltausschuss und der Stadtvertretung soll jetzt geprüft werden, was es kostet, wenn ein Sachverständiger zunächst die bisher vorhandenen Gutachten und Festlegungen überprüft und Empfehlungen für das weitere Vorgehen dem Umweltausschuss vorlegt.

In der nächsten Hauptausschusssitzung soll dann endlich über die Beauftragung des Sachverständigen beraten und beschlossen werden.

1. MAI 2016 VIEL ERREICHT UND HOCH VIEL VOR! DGB
ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2016 ruft der **Deutsche Gewerkschaftsbund** (Kreisverband Pinneberg) die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an Demonstration, Kundgebung und an einem Familienfest in Elmshorn auf.

Das Hauptmotto lautet dieses Jahr „Zeit für mehr Solidarität“ – Solidarität für gerechten Lohn, für gerechte Steuern, gegen Arbeitsstress, Armut, Krankheit und Flucht – für ein sicheres Leben in Menschenwürde und Chancengleichheit. Der bekannte Schauspieler, Gewerkschafter und Friedensaktivist **Rolf Becker** kommt als Hauptredner.

Die Demonstration beginnt um 10:00 Uhr in der Schulstraße vor dem Gewerkschaftshaus. Das Familienfest wird in der Zeit von 10 Uhr bis ca. 14 Uhr auf dem Alten Markt in Elmshorn (im Zentrum neben der Nikolai-Kirche) stattfinden.

Geld ist genug da – nur in den falschen Taschen:

BALL unterstützt Schulen

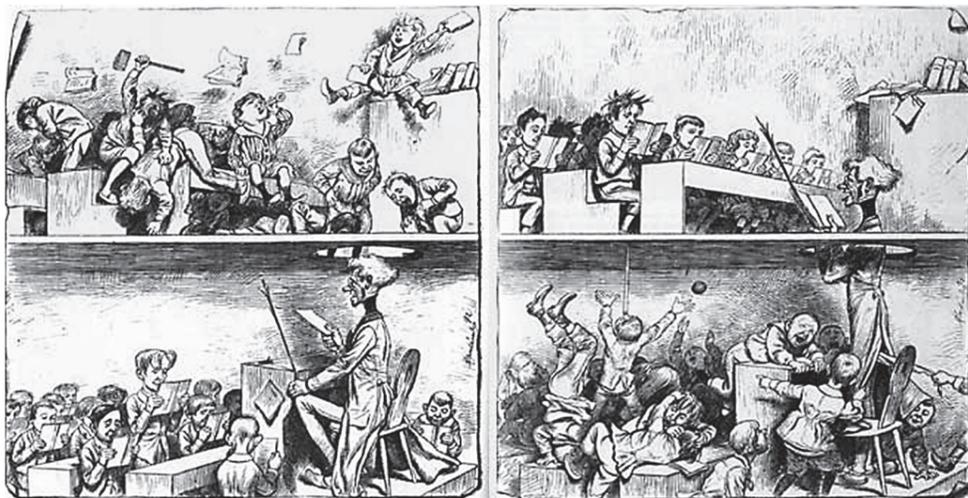
Deutschland verfügt nicht über großartige Rohstoffvorkommen; die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze liegen in den Köpfen der Kinder – diese einfache Wahrheit ist bisher in Barmstedt recht gut von den verantwortlichen politischen Kräften berücksichtigt worden. Die Barmstedter Schulen befinden sich in einem guten Zustand und für alle dort tätigen Menschen – in erster Linie Schüler und Lehrer – herrschen bisher weitgehend vernünftige Arbeitsbedingungen.

Die dafür erforderlichen Mittel wurden im städtischen Haushalt bereit gestellt. Die Aufgaben der Stadt Barmstedt (und anderer Städte und Gemeinden) wachsen ständig, ohne dass die Kommunen finanziell entsprechend ausgestattet werden – die Finanznot der Städte und Gemeinde ist die



Herbert Flick

Folge einer Politik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden lässt. Wer eine solche Politik für richtig hält oder auch nur akzeptiert, der



Barmstedt 2020?

In Sparhausen, wo die Schulverhältnisse wenig günstig sind, muss eine zweiklassige Schule eingerichtet werden. Die respektable Länge des Lehrers Bakel kommt der Gemeinde sehr zustatten und macht die Anstellung eines zweiten Lehrers gänzlich überflüssig.

Karikatur: Oberländer 1892

ist auch bereit, bei der Bildung unserer Kinder zu sparen – entsprechende Tendenzen werden auch in Barmstedt bedauerlicherweise deutlich sichtbar.

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit: Die Grund- und Gemeinschaftsschule Barmstedt hat einen Antrag gestellt, dass zwei jetzt in verschiedenen Gebäuden untergebrachte Sekretariatsräume in einem Gebäude (zusammen mit der Schulleitung) untergebracht werden. Diese Maßnah-

me ist ausführlich und sinnvoll begründet worden, nicht zuletzt verstößt die jetzige Situation gegen verschiedene Richtlinien.

Die BALL unterstützt diesen Antrag – einige tausend Euro für diese Maßnahme halten wir für eine sinnvolle Investition, damit die Verwaltung der Schule unter guten Bedingungen arbeiten kann.

Zweites Beispiel: Das Carl-Friedrich-von Weisäcker-Gymnasium Barmstedt hat ein Medienkon-

zept erstellt. Im ersten Schritt sollen die Unterrichtsräume mit Beamern (Projektoren) ausgestattet werden. Beamer sind ein zeitgemäßer Ersatz für Tageslichtprojektoren, mit denen keine computergestützten Medien genutzt werden können. Das Gymnasium plant eine schrittweise Ausstattung der Unterrichtsräume, für das Jahr 2016 sollte sich die Stadt mit 14.500,- Euro an dieser Maßnahme beteiligen (der Förderverein des Gymnasiums

hat 3000 Euro an Unterstützung zugesagt).

Nach Einschätzung der BALL ist dies ein Konzept mit Augenmaß; es wird auf jeglichen Firlefanz verzichtet, die Maßnahme soll schrittweise umgesetzt werden. Eigentlich sollte man bei den Barmstedter Abgeordneten Verständnis für zeitgemäße Technik erwarten können, nutzen sie doch selber Tablet-PCs für ihre politische Arbeit. Aber der Antrag wurde nicht einmal zur Abstimmung gestellt, denn „die Stadt ist hoch verschuldet“.

Die „Panama-Papiere“ haben es noch einmal vor Augen geführt: Die Superreichen und die großen Konzerne finden immer wieder legale und illegale Möglichkeiten, um die Zahlung von Steuergeldern zu vermeiden. Nach vorsichtigen Schätzungen gehen dem Staat und damit uns allen 50 Milliarden Euro pro Jahr verloren, weil die entsprechenden Steuerschlupflöcher nicht gestopft werden.

Wer den Barmstedter Bürgern und Einrichtungen ständig erzählt: Wir haben kein Geld., der hat hoffentlich zehnmal häufiger seiner Regierung vorgehalten: Sorgt endlich dafür, dass auch die Menschen mit großen Vermögen und die großen Konzerne mit ihren Steuersparmodellen ihren Beitrag zum Erhalt unseres Gemeinwesens leisten – Vorschläge dazu gibt es genug!

Geldschwemme für die Bundeswehr

Helmut Welk



Ende Januar kündigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ein neues Aufrüstungsprogramm an: Bis 2030 soll die unvorstellbare Summe von 130 Milliarden Euro in die Neuanschaffung von Rüstungsprojekten gesteckt werden. Die Ministerin betonte gleichzeitig, dies sei aber zunächst nur der Einstieg in weitere Vorhaben. Die Planung sieht Anschaffungen von über 1.000 Projekten vor, das ist eine Verdoppelung der bisherigen Rüstungsinvestitionen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble, der „Verfechter der

Schwarzen Null“, war einer der Ersten, der dem Aufrüstungsprogramm seine Zustimmung gab.

Überraschend kam die Initiative allerdings nicht, sie war von langer Hand vorbereitet: Schon seit Jahren jammern Politik, Industrie und Militär, die Bundeswehr benötige eine kräftige Finanzspritze. Zuletzt wurden unmittelbar vor von der Leyens Auftritt sowohl der Wehrbeauftragte wie auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes öffentlichkeitswirksam vor die Kameras geschickt, um Alarm zu schlagen. Die Bundeswehr sei ein „Sanierungsfall“



und wäre „am Limit“, weshalb eine erneute Erhöhung des Rüstungsetats erforderlich sei. Bereits 2014 setzte in der Presse ein, was man als „Schrotthaufen-Debatte“ bezeichnen konnte: „So Schrott ist die Bundeswehr“ (Bild), die Truppe sei nichts anderes als „stahlgewordener Pazifismus“ (Die Zeit) und das

ganze Problem existiere vor allem, da die Bundeswehr seit Jahren „chronisch unterfinanziert“ (Deutschlandfunk) sei. Damit sollte vor allem eins erreicht werden: einen gewissen „Nährboden“ für die Zustimmung in der, solchen Vorhaben gegenüber eher kritischen, Bevölkerung zu schaffen.

Auf den diesjährigen Ostermärschen der Friedensbewegung, an denen bundesweit mehrere zehntausend Menschen teilnahmen, wurden die teuren Aufrüstungsprogramme scharf kritisiert. „Wir brauchen nicht noch mehr Waffen für immer neue Kriegseinsätze!“, war eine der zentralen Forderungen.

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei:

Ein geplantes Fiasko

Das völkerrechtswidrige Menschenhandelsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist erst ein paar Tage alt und schon jagt eine Skandalmeldung die nächste, und es zeichnet sich bereits jetzt ab, was demokratische Kräfte wie verschiedene Menschenrechtsorganisationen prophezeit haben: Das Elend der Flüchtlinge wird sich nicht verbessern, sondern die Lage wird noch prekärer werden.

So sind bereits die ersten Flüchtlinge aus Afghanistan wieder dorthin, das heißt in die Hände der Taliban, abgeschoben worden. Zuvor waren diese Menschen ohne Zugang zum Asylverfahren inhaftiert worden. Daran zeigt sich: Die Türkei, die die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit Vorbehalten unterzeichnet hat, verweigert flüchtlingsrechtliche Minimalforderungen. Und sie ist nicht bereit, die verabredete Garantie für die Rechte der Flüchtlinge durch die EU überwachen zu lassen.

In Griechenland werden auf den Inseln die „Hotspots“ zu Haftzentren umfunktioniert. Alle nach dem 20. März 2016 anlandenden Schutzsuchenden sollen dort inhaftiert werden – Kinder, Frauen, genauso wie schwer Traumatisierte. Was danach mit den Menschen geschieht, ist ungewiss.

Die menschenunwürdige Masseninhafthaltung Schutzsuchender auf den Inseln löst international scharfe Kritik aus. Aus Protest stellen auch Hilfsorganisationen ihre Arbeit in den „Hotspot“-Lagern ein. UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der UNO) distanzierte sich deutlich: „UNHCR ist weder Teil

des EU-Türkei-Deals, noch werden wir uns an den Rückführungen und Inhaftierung beteiligen“.

Auch die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ kündigte an, dass alle Aktivitäten im Zusammen-

hang mit dem Hotspot auf Lesbos eingestellt wurden und erklärte: „Wir werden nicht zulassen, dass unsere Hilfe für eine Massenabschiebung instrumentalisiert wird. Wir weigern uns, Teil eines Systems zu sein, das keine Rücksicht auf die humanitären Bedürfnisse oder die

Schutzbedürfnisse von Asylsuchenden und Migranten nimmt.“ Andere Organisationen wie das International „Rescue Committee“ und „Save the Children“ haben ihre Hilfsmaßnahmen ebenfalls eingestellt. Für die EU-Kommission entwickelt sich der Deal mit der Türkei zum Fiasko – für die Flüchtlinge ist es

jetzt schon die Hölle. Und gleichzeitig werden Schlepper neue Wege suchen und finden, und es ist bereits jetzt so, dass der Weg über das Mittelmeer wieder stärker gesucht und das Sterben der Menschen durch Ertrinken wieder zunehmen wird. Dieses muss endlich durch die Schaffung von sicheren Fluchttransitwegen beendet werden. Hier liegt Europas Verantwortung, nicht in der militärischen Flüchtlingsabwehr. Der NATO-Ägäis-Einsatz ist wegen seines menschenrechtswidrigen Auftrags abzubrechen.

Aber im Gegenteil arbeitet in dieser Situation Bundesminister de Maiziere daran, eine Vereinbarung mit nordafrikanischen Staaten nach dem „Türkei-Vorbild“ zu erzielen. Demnach sollen in Nordafrika Aufnahmezentren geschaffen werden, um Flüchtlinge aus Italien dorthin zu überführen.



Ursachen des Flüchtlingsstroms bekämpfen

Endlich Kriege beenden

Man hört von Regierungsseite immer wieder, dass es notwendig ist, die Ursachen des Flüchtlingsstroms zu beseitigen. Aber meistens wird dann nur der augenblickliche Krieg in Syrien und im Irak genannt. Was besonders aber von Frau Merkel und ihrer Regierung weitgehend verschwiegen wird ist:

■ Die westlichen Staaten – voran die USA, Großbritannien und Frankreich – haben in den letzten Jahren hunderttausende Bomben auf die Länder des nahen und mittleren Ostens abgeworfen.

■ Drohnenangriffe gehören mittlerweile zum tödlichen Tagesge-

schaft des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama.

■ Die CIA war es, die mit finanzieller und logistischer Unterstützung islamistische Milizen wie die Taliban oder den IS erst groß gemacht haben.

■ Die Türkei bombardiert in Syrien die kurdischen Kräfte, während der Nachschub für den IS ebenfalls nach wie vor über dieses Land führt.

■ Und nicht zuletzt sind es die Rüstungsexporte – in vorderster Front dabei deutsche Firmen! –, die dafür sorgen, dass Krieg geführt werden kann. Deutsche Firmen liefern an Saudi Arabien und Katar. Die beiden Länder

sind die Hauptfinanziers des „Islamischen Staates“.

Solange diese Machtpolitik anhält, wird es immer Menschen geben, die aus Angst um ihr Leben aus ihrer Heimat flüchten werden. In diesem Zusammenhang ist es der blanke Hohn, das die Hauptverursacher der Krise (nämlich USA, GB und Frankreich) kaum Flüchtlinge aufnehmen.

Die Kriege sind aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die wirtschaftliche Situation, also Armut und Hunger, in vorwiegend afrikanischen Ländern.

■ Es ist die Agrar-Subventionspolitik der EU, die afrikanische

Bauern in den Ruin treibt. Es sind die Fischfangflotten aus Europa, die die Küstengewässer vor Afrika leer fischen.

Es sind die Zocker in Banken und Versicherungen, die auf Lebensmittelknappheit wetten und sich goldene Nasen verdienen.

Und nicht zuletzt mischen Mineralölkonzerne 10% Lebensmittel in unser Benzin statt hungernen Menschen zu helfen.

Wen wundert es dann noch, wenn sich Menschen in den Ländern radikalieren oder gen Europa flüchten?

Hier gilt das Gleiche: Nur ein UMDENKEN und HANDELN – z. B. in der EU – kann dafür sorgen, dass Armut und Hunger in den betroffenen Ländern beseitigt werden und die Menschen keinen Grund mehr haben, ihre Heimat zu verlassen.



„Schwarze Null“

Ende 2015 beschloss die Stadtvertretung die Straßenausbaubeiträge für Grundstückseigentümer zu erhöhen. Bei der Erneuerung von „Anliegerstraßen“ sollen die Beiträge für die Betroffenen von 75% auf 85%, bei „Haupterschließungsstraßen“ von 50% auf 55% und bei „Hauptverkehrsstraßen“ von 25% auf 35% heraufgesetzt werden. Abkassiert wird aber erst ab 2019, also nach der nächsten Kommunalwahl. Der Ausbau der derzeit bereits in Planung

oder im Bau befindlichen Straßenzüge fällt somit nicht unter die Erhöhung.

Die BALL-Fraktion lehnt die Erhebung von Anliegerbeiträge ab, da nach unserer Auffassung der Straßenausbau aus der KFZ- und Mineralölsteuer sowie der Grundsteuer zu begleichen ist. Das ist im Übrigen auch die Position des ADAC.

Ziel der anderen Parteien ist der schrittweise Rückzug aus der steuerlichen Finanzierung des Straßenausbaus. Dies ist auch auf

der Bundesebene zu beobachten:

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, hat 2014 der Deutschen Bank, den großen Versicherungskonzernen und anderen Investoren angeboten, ihr Kapital in Autobahnen, Straßen, Brücken, Leitungssystemen und Kanalisationen anzulegen. Dieser Privatisierungsvorschlag verspricht den Konzernen ein staatlich garantierten Gewinn von bis zu sieben Prozent.

Verkehrsminister Alexander Dobrindt, CSU, will eine private Bundesfernstraßengesellschaft. Die soll die Autobahnen und Fernstraßen betreiben. Sie unterläge keiner parlamentarischen Kontrolle, bekäme Kredite von Investoren und könnte durch einen Börsengang noch weiter privatisiert werden. Die Einnahmen kommen aus der Lkw-Maut auf Autobahnen. Ab 2018 soll die Maut auch auf Fernstraßen fällig werden. Über eine Pkw-Maut wird auch schon öffentlich „nachgedacht“.

Wenn diese Pläne nicht verhindert werden, dürften sie uns zukünftig teuer zu stehen kommen.

Oh wie schön ist Panama

Rund 400 Journalisten aus 80 Ländern haben daran gearbeitet, einen Berg von Daten zu entwirren und seit dem 3. April berichten alle Medien nahezu täglich über Briefkastenfirmen, Steueroasen und Geldwäsche. Immer neue Namen aus Politik, Wirtschaft, Sport tauchen auf; selbst Regierungschefs sollen involviert sein und geraten unter Druck.

Klaus Kuberzig



„Panama Papers“ heißt das Zauberwort. Und ein Datenleck bei der Kanzlei „Mossack Fonseca“ in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes hat bewiesen was seit Jahren in der dubiosen Finanzwelt zum täglichen Geschäft gehört. Und neu ist diese Erkenntnis auch nicht. „Mossack Fonseca“ ist nur eine

von hunderten Firmen weltweit mit dem gleichen Geschäft.

Insofern ist die große Empörung, die viele Politiker jetzt an den Tag legen eher gespielt! Und das Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) nun lautstark mehr Transparenz fordert ist der reinste Hohn.

Schließlich sind es deutsche Bundesregierungen die seit Jahren einschneidende Maßnahmen gegen Steuerflucht, Vertuschungen durch „off-shore-Firmen“ und Schwarzgeld im eigenen Land verhindern.

Deutschland hält laut „Netzwerk Steuergerechtigkeit“ Platz 8 der führenden Schattenfinanzplätze!

Allein aus Deutschland sollen mindestens 28 Banken für ihre Kunden über 1200 Briefkastenfirmen gegründet und zum Teil auch verwaltet haben. Und, wen wundert es: auch die HSH-Nordbank befindet sich darunter. Eben jenes Institut, dass durch unlau-



tere Geschäfte dem Steuerzahler Milliarden kosten wird. Angeblich hat sich die Bank schon 2011 von den „Panamagesellschaften“ getrennt. Aber hier ist schon so viel vertuscht worden, dass es sehr wohl interessant ist, ob die HSH-Nordbank nicht vielleicht doch noch irgendwo Briefkastenfirmen unterhält, bei denen Geld geparkt ist, dass den Behörden und der Öffentlichkeit vorenthalten wird.